Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 1

Rubrik: Wehrpolitische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wehrpolitische Rundschau

Veränderung unserer militärpolitischen Lage. / Weiterer Ausbau der Landesverteidigung.

Die Veränderung die die Karte Europas Mitte März durch die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich erfahren hat, bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf die militärpolitische Lage der Schweiz. Dem aus den Friedensverträgen hervorgegangenen Rumpfösterreich war in erster Linie die Rolle eines Korridors zwischen Frankreich und seinen Verbündeten in Mittel- und Südosteuropa zugedacht. Auch unserem Lande wir in dieser Berechnung eine Rolle zugedacht, indem die Schweiz und Österreich eine Brücke zwischen Paris und Prag bilden sollten. Es braucht nicht weiter betont zu werden, daß eine uns zugedachte Funktion als Korridor die Schweiz unweigerlich in die europäischen Auseinandersetzungen hineingerissen hätte. Diese Gefahr ist am 13. März dieses Jahres dahingefallen.

Aber auch in entgegengesetzter Richtung hat unsere militärpolitische Lage eine Entlastung erfahren. Die Achse Rom-Berlin erforderte zwischen den beiden Partnern Deutschland und Italien eine territoriale Verbindung, einen Korridor. Wiederum waren es Österreich und die Schweiz, die hiefür in Frage gekommen wären, und die Achsenmächte hätten gegebenenfalls zwischen diesen beiden Ländern die Wahl gehabt. Heute ist die Wahl getroffen: der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich hat die territoriale Verbindung der beiden Achsenmächte hergestellt und am Brenner wie in den Karawanken eine deutsch-italienische Grenze geschaffen. Eine Notwendigkeit, eine territoriale Verbindung durch dritte Staaten herzustellen, besteht nicht mehr; die Wahrscheinlichkeit, daß sich einst die Heere der Achsenstaaten in der Schweiz die Hände reichen, ist außerordentlich gering geworden. Unsere militärpolitische Lage gleicht wieder auffallend der Lage zur Zeit des Dreibundes Deutschland-Österreich-Italien, wo wiederholt italienische Vorschläge, ein italienisches Hilfskorps durch die Schweiz hindurch ins Elsaß zu entsenden, von Deutschland stets auf den Brennerweg durch das verbündete Österreich verwiesen wurden.

Unter der heutigen europäischen Konstellation besteht indes noch die Gefahr, daß in einem neuen europäischen Kriege versucht würde, durch die Schweiz hindurch wenig geschützte Gebiete des Gegners zu erreichen. So könnte theoretisch bei einem Krieg in Osteuropa, in den Frankreich wegen seiner Beistandspakte eingreifen muß, dieses versucht sein, durch die Schweiz hindurch in Süddeutschland einzufallen und in den deutsch-italienischen Block einen Keil zu treiben. Umgekehrt wäre auch damit zu rechnen, daß in einem Kriege gegen Frankreich Deutschland und Italien keine Lust verspüren, sich in den Westalpen und an der Maginotlinie in einen aussichtslosen Stellungskrieg einzulassen, sondern durch das berühmte Loch der französischen Grenzbefestigungen zwischen Basel und Genf einzudringen versuchen. Ob solche Möglichkeiten Aussicht auf Erfolg haben und vielleicht einmal versucht werden, hängt weniger davon ab, daß Frankreich nun die Maginotlinie auch der Juragrenze entlang fortsetzt und Deutschland auch in der Bodenseegegend Befestigungen anlegt, als in erster Linie von dem zu erwartenden schweizerischen Widerstand. An uns ist es vor allem, dafür zu sorgen, daß der Faktor unseres Widerstandes in allen derartigen Berechnungen eine entscheidende Rolle spielt und für solche Möglichkeiten zum vorneherein alle Erfolgsaussichten zerstört.

Bei der Organisation unserer Abwehr wird Rücksicht zu nehmen sein auf die Raschheit, mit welcher sich künftig die ersten militärischen Operationen ab-

spielen und auf die Heimlichkeit, mit welcher Teilmobilmachungen durchgeführt werden. Schon vor Ausbruch des abessinischen Krieges konnte Italien im Februar 1935 die Divisionen 19 und 29 mobilisieren, ohne daß darüber auch nur die geringste Meldung ins Ausland gedrungen wäre bis zum Augenblick, wo die Regierung einer erstaunten Welt die Tatsache der beendeten Mobilmachung dieser beiden Divisionen mit ihren rund 7000 Reservisten bekanntgab. Ähnliches erlebte man im März beim Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Oberstleutnant Oskar Frey, Kdt. J.-R. 22, äußerte sich in einem Vortrag, Deutschland habe am Tag vor dem Einmarsch, also am 11. März, zwei Armeekorps mobilisiert. 34 Stunden später war Österreich besetzt. „Reservisten, die in München am frühen Nachmittag den Marschbefehl erhielten, hatten um 16 Uhr einzurücken, mußten eingekleidet, bewaffnet und eingereiht werden. Bereits 18 Uhr wurden sie in den Kasernen auf Camions verladen oder marschierten auf die Bahnhöfe, um dort verladen zu werden." Bemerkenswert ist der Umstand, daß neben den Reservisten auch zahlreiche private Motorfahrzeuge für den Einmarsch in Österreich mobilisiert wurden. Es macht allen Anschein, daß die Raschheit der schweizerischen Mobilmachung, die einst die Bewunderung der Fachleute erregte, nicht nur nachgeahmt, sondern übertroffen worden ist. Vor allem aber verdient auch hier festgehalten zu werden, daß über die Mobilmachung der beiden Armeekorps keine Nachrichten ins Ausland drangen, bis nach vollzogenem Einmarsch in Österreich. Damit aber drängt sich die Frage auf, ob es künftig noch möglich sein wird, Kriegsvorbereitungen eines Nachbarn so frühzeitig zu erkennen, daß auch unsere Mobilmachung noch rechtzeitig erfolgen kann. Der Gedanke einer Präsenzdienstzeit wird daher immer mehr erörtert.

Wenn auch die Wahrscheinlichkeit, daß die Schweiz in einen europäischen Krieg verwickelt werde, durch den Anschluß Österreichs geringer geworden ist, so ist anderseits zu erwähnen, daß für den Fall eines Konfliktes mit dem nördlichen Nachbar unsere Lage nachteiliger geworden ist, indem Deutschland nun nicht nur im Norden, sondern auch im Osten, bis hinab zum Piz Lad westlich des Reschenpasses, an uns grenzt. Insbesondere Graubünden ist nun von Italien und Deutschland umklammert und in ähnlicher Lage wie in jenen Zeiten, da auch die Lombardei zum Habsburgerreiche gehörte. Angesichts dieser neuen Lage empfindet man es besonders schmerzlich, daß die einzige Verbindung Bündens mit der Ostschweiz bei Sargans derart exponiert ist und sogar ohne Betreten schweizerischen Bodens unterbrochen werden kann. Wir haben auf diese Achillesferse Graubündens und der Ostschweiz schon früher hingewiesen, als Österreich noch italienisches Einflußgebiet war. Nach der neuesten Entwicklung drängen sich nun zwei Maßnahmen in den Vordergrund. Das erste ist die Befestigung des Talkessels von Sargans mit den Zugängen und Ausgängen der Bündner Alpenpässe, als Gegenstück zu den Befestigungen von St. Maurice, die die Zugänge zu den Walliser Alpenpässen bewachen. Schon im Mittelalter ist die Bedeutung dieses Talkessels erkannt und durch Befestigungen gewürdigt worden. General Dufour ließ 1831 die alten Befestigungen der Luziensteig wieder in Stand stellen, im gleichen Zeitpunkt also, wo er auch die ersten Befestigungen bei St. Maurice und Bellinzona anlegen ließ. Während der Grenzbesetzung von 1859 wurde die Befestigung der Luziensteig weiter geführt. Seither aber ist dort nichts mehr geschehen, während St. Maurice, der St. Gotthard und Bellinzona moderne Befestigungen erhielten. Heute ist nun der Zeitpunkt gekommen, als Gegenstück zu St. Maurice im Osten den Talkessel von Sargans zu befestigen, damit so von allen Seiten die wichtigsten Zugänge zu unsern Alpenpässen geschützt sind. Darüber hinaus aber muß auch eine sichere Verbindung Graubündens mit der übrigen Schweiz gesucht werden, unter Vermeidung des Kessels von Sargans. Der mit tatkräftiger Unterstützung des Bundes beschlossene Bau einer neuen linksufrigen Walenseestraße schafft diese sichere Verbindung nicht. Wir kommen heute nicht mehr darum herum, einen

der Alpenpässe aus dem Glarnerland ins Bündnerland hinüber zu einer das ganze Jahr geöffneten Automobilstraße auszubauen, die unter allen Umständen die Verbindung des Bündnerlandes mit der übrigen Schweiz und die Versorgung der Bündner Alpenfront im Kriegsfalle sicherstellt. Mit dem Bau einer Panixer- oder Segnesstraße darf nicht länger gezögert werden. Als rückwärtige Verbindungslinie zwischen Glarus und der Zentralschweiz drängt sich dann notwendigerweise eine Pragelstraße auf. Die Befestigung von Sargans und der Bau einer glarnerisch-bündnerischen Alpenstraße sind Forderungen, die sich nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen, sondern zu ihrer Ausführung eine gewisse Zeit beanspruchen. Umso notwendiger ist es, mit dem Bau raschmöglichst zu beginnen. Wir wissen nicht, wieviel Zeit uns noch gegeben ist und zu viele kostbare Jahre sind schon unbenützt verstrichen, seit sich erstmals 1934 die Notwendigkeit dieser Forderungen ergab.

Die Vorgänge in Österreich waren ein Schulbeispiel dafür, wie rasch heute Geschichte gemacht wird. Das Beispiel kam zur rechten Zeit, um dafür zu sorgen, daß die Schweiz in ihrem militärischen Aufbauprogramm nicht innehält und auf den bisher erreichten Lorbeeren nicht ausruht. Als vor einem Jahr ernsthafte Stimmen laut wurden, die das bisherige Programm nur als Anfang betrachtet wissen wollten und weitere Verstärkungen unserer Landesverteidigung verlangten, da wurde von offizieller Seite bedeutet, man solle jetzt mit dem Erreichten zufrieden sein und versuchen, daraus das Beste zu machen. Die Rekrutenausbildung war ja verlängert worden, für die materielle Aufrüstung wurden in wenigen Jahren 430 Millionen Franken ausgegeben und eine neue Organisation war unmittelbar vor der Einführung. Es wäre unbescheiden, noch mehr zu verlangen, wurde vor einem Jahr bedeutet. Seither hat sich in der Welt aber wieder soviel Neues ereignet und mit solcher Plötzlichkeit, daß solche zur Bescheidenheit mahnenden Stimmen verstummt sind. Insbesondere der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich und der Anschluß haben überall den Ruf nach weiterer Verstärkung der Landesverteidigung erstehen lassen, am lautesten in jenen Kreisen, die früher die Weiterentwicklung unseres Wehrwesens zu hemmen suchten und darob wohl heute mit Recht ein schlechtes Gewissen verspüren. Politiker aller Färbungen liefen sich im Bundeshaus fast die Füße wund und der Bundesrat beeilte sich, ein Programm einer weiteren Verstärkung der Landesverteidigung für die nächste Zeit in Aussicht zu stellen. So sehr man es begrüßen muß, daß nun die Entwicklung weiter geht und der Ausbau unseres Wehrwesens nicht vorzeitig abgebrochen wird, so gilt es doch mit Wehmut zu erkennen, daß der Schrei nach weiteren Maßnahmen weniger einer echten Wehrgesinnung entspringt als einer dumpfen Angst, die weite Kreise unseres Volkes betroffen hat. Es gilt nun, heute aus der günstigen Stimmung in allen Parteien so viel als möglich herauszuholen für unsere Armee; gleichzeitig aber stellt sich die viel wichtigere Aufgabe, in unserem Volke endlich eine echte Wehrgesinnung zu pflanzen, die die unschweizerische Angst verdrängt durch ein erstarktes Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen, und die der Armee mit ruhiger Stetigkeit den weiteren Ausbau erlaubt, unabhängig von den Wechselfällen der europäischen Politik. Es wirft wahrlich nicht das beste Licht auf den so viel gerühmten wehrhaften Sinn der Schweizer, wenn alle Neuerungen und Verbesserungen stets nur als unmittelbare Rückwirkungen außenpolitischer Ereignisse erfolgen, dann, wenn jeweils auch der letzte Bürger verspürt, „es sollte jetzt wieder etwas gehen".

Im Vordergrund der neuen Maßnahmen steht eine weitere Verbesserung der Ausbildung, und zwar drängt sich heute vor allem die Verlängerung der Wiederholungskurse auf drei Wochen auf, wie sie vorübergehend in den meisten Waffen dieses Jahr schon durchgeführt wird, zur Einführung in die neue Truppenordnung. Es läßt sich schon jetzt feststellen, daß in drei Wochen fast doppelt soviel erreicht wird wie in zwei Wochen. Zudem werden von dieser Maßnahme

jährlich acht Jahrgänge erfaßt, von einer Verlängerung der Rekrutenschulen jährlich nur ein Jahrgang. Die Verlängerung der Wiederholungskurse hat also für die Armee in den nächsten Jahren die größeren Auswirkungen als eine Verlängerung der Rekrutenschulen, die sich erst nach mehreren Jahren auszuwirken beginnt. Immerhin wird neben dem militärischen Sofortprogramm auch die nochmalige Verlängerung der Rekrutenschulen zu prüfen sein, für die schon der General eine Mindestdauer von 4, besser 6 Monaten gefordert hat. Auch eine andere Anregung des Generals verdient, endlich einmal wenigstens versucht zu werden: der Übertritt geschlossener Rekrutenkompagnien in die Feldarmee. Zum Teil stehen dieser Forderung die kantonale Militärhoheit und die regionale Rekrutierung entgegen. Aber für die Infanterie der größeren Kantone wäre es, abgesehen von den Grenzschutztruppen, durchaus möglich, das Postulat zu verwirklichen. Die Vorteile, die ein solches Verfahren verspricht, wären es wert, daß wenigstens einmal ein Versuch gemacht würde. Zum Sofortprogramm gehört dann auch die Wiedergutmachung der Sünden von 1935. Es waren vor allem referundumspolitische Erwägungen, die 1935 die Verlängerung der Rekrutenausbildung mit einer argen Verkürzung der Kaderausbildung verbinden ließen, vor allem bei der Infanterie. Unteroffiziersschulen von zwölf und Offiziersschulen von 53 Tagen, wie sie uns die Ausbildungsvorlage von 1935 brachte, sind Anordnungen, deren rasche Beseitigung dringend erforderlich ist.

Die Aufgaben des Grenzschutzes und die neue Organisation der Territorialtruppen verlangen Übungen auch derjenigen Mannschaften, die nicht mehr wiederholungspflichtig sind. Entweder muß die Wiederholungskurspflicht weiter ausgedehnt werden, oder es müssen besondere Kurse für den Grenzschutz und die Territorialtruppen angeordnet werden. Ferner wäre es angebracht, die außerdienstlichen Pflichten des Soldaten weiter auszudehnen. Die außerdienstliche Schießpflicht ist ein Minimum, das den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt. Sie sollte ergänzt werden durch eine außerdienstliche Schießpflicht am schweren und leichten Maschinengewehr für die Angehörigen der entsprechenden Truppengattungen, wie sie erfreulicherweise in einer Eingabe des Kantonalbernischen Schützenvereins angeregt wird, und durch eine außerdienstliche Marschpflicht für alle Fußtruppen. Wie der Kavallerist seine Reitfertigkeit in einem Reitverein pflegen muß, der Pontonier sein fahrtechnisches Können, so muß der Infanterist verpflichtet werden, seine Marschfähigkeit zu pflegen, was zweckmäßig in den Turn-, Schützen- und Sportvereinen geschehen könnte. Schließlich wird es an der Zeit sein, das Projekt eines militärischen Vorunterrichtes für die männliche Jugend zu verwirklichen. Die Widerstände, die sich noch letztes Jahr gegen ein solches Projekt in allen möglichen Kreisen und Zirkeln erhoben, dürften nach den neuesten Ereignissen bedeutend geringer geworden sein.

Neben diesen Maßnahmen für eine bessere dienstliche, vordienstliche und außerdienstliche Ausbildung stehen neue Forderungen für eine weitere materielle Aufrüstung. Die bereits genannte Befestigung des Talkessels von Sargans, der weitere Ausbau der Grenzbefestigungen und der Bau militärisch wichtiger Straßen in den Alpen und Voralpen kann verbunden werden mit einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Was die Bewaffnung der Armee anbelangt, so bedarf die Tankabwehr noch des weitern Ausbaus, sei es durch Vermehrung der Zahl der Infanteriekanonen, sei es durch Einführung einer Tankbüchse. Des weiteren Ausbaus bedarf ferner unsere aufstrebende Luftwaffe und die artilleristische Fliegerabwehr, die heute noch in den Kinderschuhen steckt. Bereits bricht sich der Gedanke Bahn, daß Städte und große Industrieanlagen aus eigenen Kräften für die aktive Luftabwehr zu ihrem Schutze sorgen müssen. Nachdem die Auswahl der Waffen für die aktive Fliegerabwehr der Armee erfolgt ist, sollte mit der Verwirklichung dieses

Gedankens auch nicht länger gezögert werden. Weitere Ergänzungen unserer materiellen Rüstungen sind schon in den Kreditbegehren von 1936 und 1937 angedeutet: die Anschaffung weiterer 10,5 cm Motorkanonenbatterien als Ersatz für die alten 12 cm Motorkanonen, die Beschaffung von Panzerwagen für die leichten Truppen, die Motorisierung der leichten und schweren Haubitzbatterien. Mit dieser letzteren Forderung berühren wir einen wunden Punkt unserer heutigen Organisation: der Bestand unseres Landes an geeigneten Motorfahrzeugen und Motorfahrern genügt heute nicht für die Bedürfnisse der Armee. Unsere Verkehrspolitik bedarf dringend der Neuorientierung im Sinne der Förderung des Motorfahrzeugverkehrs, damit die Armee jederzeit auf die nötige Zahl von geeigneten zivilen Motorfahrzeugen und Fahrern greifen kann.

Im Bereiche der Organisation findet die Forderung nach einer Armeeleitung im Frieden immer mehr Verständnis, nachdem in allen drei Nachbarländern in letzter Zeit eine Konzentration des Oberbefehls erfolgt ist, selbst im republikanischen Frankreich. Damit verbunden ist die Wahlart des Generals: es ist geplant, die Wahl von der Bundesversammlung auf den Bundesrat zu übertragen. So erfreulich diese Neuerung auch ist, so muß doch davor gewarnt werden, darob das weit dringendere Problem der Armeeleitung in den Hintergrund zu stellen. Es muß unserer Armee solange etwas Dilettantisches anhaften, als es nicht gelingt, endlich eine oberste militärische Instanz zu schaffen, die die Art der Kriegführung bestimmt und für die Gestaltung, Ausbildung und Ausrüstung unserer Armee in einheitlichem Sinne sorgt. So wenig der Chef des Post- und Eisenbahndepartementes die Generaldirektion der Bundesbahnen entbehren kann und sicherlich keine Lust verspürt, mit dem Chef des Fahrplanwesens, des Betriebes, der Bauten, der Tarifabteilung usw. direkt zu verkehren, so wenig kann das Militärdepartement eine fachlich-militärische „Generaldirektion" der Armee entbehren. Selbst im sozialistischen „Volksrecht" war letzthin, freilich ohne Verbindlichkeit für Redaktion oder Partei, der Vorschlag zu lesen, den künftigen General wenigstens vorher zu bezeichnen und von jedem anderen Kommando zu befreien, damit er sich, unterstützt von einem besonderen Stab, für seine Aufgabe vorbereiten könne. Wir erwähnen diesen Vorschlag, um darzutun, daß selbst in sozialistischen Kreisen das Ungenügen der heutigen Verhältnisse erkannt wird. Tatsächlich aber würde es nicht genügen, den künftigen General vorher zu bezeichnen, ihn aber ohne Einfluß auf die Kriegsvorbereitungen zu lassen. Was uns heute fehlt und dringend not tut, ist eine Armeeleitung, die die Richtung weist für die Führung unseres Abwehrkampfes und demgemäß auch für die Vorbereitungen, und ein oberster Ausbildungschef, der für die einheitliche Ausbildung aller Teile der Armee verantwortlich ist. Auch hier gilt es, endlich das zu verwirklichen, was die besten Führer unserer Armee, General Wille und Generalstabschef von Sprecher, schon vor zwanzig und mehr Jahren gefordert haben.

Die parlamentarische und referendumspolitische Stimmung für weitere Verstärkungen der Landesverteidigung war wohl noch nie so günstig wie heute. Wir wollen hoffen, daß sich Behörden, Parlament und Parteien ihrer Verantwortung voll bewußt seien und für die Armee alles verlangen und alles gewähren, was sachlich notwendig erscheint. Gottfried Zeugin.